IWH
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

IWH Policy Notes

3/2025

13. Oktober 2025

Wirkung der Verwendung der Mittel des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität sowie der zusätzlichen Bundesmittel für Verteidigung, Zivil- und Bevölkerungsschutz auf das Potenzialwachstum in Mecklenburg-Vorpommern

Schriftliche Anhörung des Finanzausschusses des Landtags Mecklenburg-Vorpommern

Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Axel Lindner, Christoph Schult, Anna Solms, Götz Zeddies

https://doi.org/10.18717/pnecr7-rd16

Impressum

Kontakt
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 77 53 800
Fax +49 345 77 53 799
E-mail: oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Autoren
Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Axel Lindner, Christoph Schult, Anna Solms, Götz Zeddies

Herausgeber
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Geschäftsführender Vorstand
Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Dr. Tankred Schuhmann

Hausanschrift
Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postanschrift
Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

Alle Rechte vorbehalten

Zitierhinweis
Drygalla, Andrej; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Lindner, Axel; Schult, Christoph; Solms, Anna; Zeddies, Götz: Wirkung der Verwendung der Mittel des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität sowie der zusätzlichen Bundesmittel für Verteidigung, Zivil- und Bevölkerungsschutz auf das Potenzialwachstum in Mecklenburg-Vorpommern – Schriftliche Anhörung des Finanzausschusses des Landtags Mecklenburg-Vorpommern. IWH Policy Notes 3/2025. Halle (Saale) 2025.

ISSN 2702-4725

Wirkung der Verwendung der Mittel des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität sowie der zusätzlichen Bundesmittel für Verteidigung, Zivil- und Bevölkerungsschutz auf das Potenzialwachstum in Mecklenburg-Vorpommern

Schriftliche Anhörung des Finanzausschusses des Landtags Mecklenburg-Vorpommern

Halle (Saale), 13.10.2025

Inhaltsverzeichnis

Fragenkatalog 5

Hintergrundinformationen 18

Literatur 21

Anhang 24

FRAGENKATALOG

1. Was erwarten Sie für Mecklenburg-Vorpommern aus der Umsetzung der Bundesgelder aus den Sondervermögen?

Die im Frühjahr vom Bundestag beschlossene Lockerung der Schuldenbremse gewährt der deutschen Finanzpolitik für die kommenden 12 Jahre einigen Spielraum. Das gilt auch für die Länder, denn ihnen wird ein Fünftel der 500 Mrd. Euro des „Sondervermögens" zur Verfügung gestellt, und zudem ist ihnen nun grundgesetzlich ein kleines jährliches Defizit im konjunkturbereinigten Haushalt erlaubt. Dieser Spielraum soll kein konjunkturelles Strohfeuer entfachen, sondern die Wirtschaft dauerhaft stärken, also das Produktionspotenzial erhöhen. Dies kann nur gelingen, wenn die zusätzlichen Ausgaben investiv verwendet werden. Zwischen den vielen möglichen Investitionsprojekten dürften sich die volkswirtschaftlichen Ertragsraten allerdings deutlich unterscheiden. Die Politik hat die Aufgabe, das Investitionsportfolio auszuwählen, welches die Wirtschaftskraft des Landes langfristig am meisten stärkt. Dabei hat Mecklenburg-Vorpommern wie jedes Bundesland seine Auswahl unter Berücksichtigung der eigenen wirtschaftlichen Gegebenheiten vorzunehmen.

2. Welche Wirkung wird sich aus dem Mitteleinsatz für die Bauwirtschaft ergeben?

Das Baugewerbe hat in Mecklenburg-Vorpommern einen Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung von etwa 6,5%. Dieser ist damit höher als in Deutschland insgesamt (knapp 5%) und ein wenig niedriger als im Schnitt der anderen ostdeutschen Flächenländer. In Mecklenburg-Vorpommern dürfte das Baugewerbe mehr als in anderen ostdeutschen Flächenländern von Aufträgen vor Ort abhängen. Darauf deutet hin, dass das Verhältnis der Wertschöpfung durch das Baugewerbe zu den Bauinvestitionen im Land mit etwa 40% nah an dem Wert für Deutschland und deutlich unter dem Wert von 50% für die ostdeutschen Flächenländer insgesamt liegt (Zahlen der VGR der Länder bis 2022).

Die Mehrausgaben des Landes dürften sich aufgrund des „Sondervermögens" und des neuen jährlichen Defizitspielraums auf etwa 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt belaufen. Um eine Vorstellung von der Größenordnung des Impulses für die Bauwirtschaft zu bekommen, wird unterstellt, dass von dieser Summe die Hälfte dem heimischen Baugewerbe zugutekommt. Bei einem Anteil des Baugewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern von etwa 6,5% ergäbe sich unter dieser Annahme ein spürbarer Impuls von etwa 4,5% ($0{,}6 \times 0{,}5/6{,}5$) relativ zur Bruttowertschöpfung des Baugewerbes.

3. Wie bewerten Sie die geplante Verteilung der dem Land zustehenden Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität zu 60% auf die Kommunen und zu 40% auf das Land?

Laut dem *Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK)* vom 7. Juli 2025 sollen vor allem Investitionen in den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur getätigt werden.[1] Als Kriterium für die quantitative Verteilung der Mittel auf die verschiedenen staatlichen Ebenen könnte deren bestehender Kapitalstock herangezogen werden.

In Deutschland belief sich das Nettoanlagevermögen des Staates zum Ende des Jahres 2019 auf 1 487,5 Mrd. Euro. Davon entfielen 380,9 Mrd. Euro auf den Bund und 22,5 Mrd. Euro auf die Sozialversicherungen. Von den verbleibenden 1 084,15 Mrd. Euro entfielen knapp 30% auf die Länder und gut 70% auf die Kommunen. Sollte die Verteilung des öffentlichen Nettoanlagevermögens auf Land und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern

[1] Im Einzelnen zielt das SVIK auf die Bereiche Verkehrsinfrastruktur, Energieinfrastruktur, Digitalisierung, auf Investitionen in die Transformation und Modernisierung der Krankenhausinfrastruktur, auf Investitionen in Forschung und Entwicklung, auf die Bildungs-, Betreuungs- und Wissenschaftsinfrastruktur, auf Investitionen in den Zivil- und Bevölkerungsschutz und auf Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 ab.

ähnlich sein wie bei der Gesamtheit der 16 Bundesländer und der Gesamtheit der Kommunen in Deutschland, spräche dies für eine etwas höhere Mittelzuweisung an die Gemeinden.

4. Wie beurteilen Sie die gemäß den Ergebnissen des so genannten MV-Investitionsgipfels vom 15. Juli 2025 geplante Verwendung der dem Land zustehenden Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität – in Verbindung mit der Investitionspolitik des Landes im Entwurf des Haushalts 2026/2027 – hinsichtlich des Ziels, ein höheres Potenzialwachstum in Mecklenburg-Vorpommern zu bewirken?

Die Höhe des Potenzialwachstums hängt von der Entwicklung der Produktionsfaktoren Sachkapital und Arbeit sowie von deren Produktivität (der totalen Faktorproduktivität) ab. Das Wachstum der totalen Faktorproduktivität lässt sich mit technischem Fortschritt erklären, aber auch mit der Ausbildung von Arbeitskräften (dem Aufbau von Humankapital), die es ihnen ermöglicht, den Stand der Technik im Produktionsprozess anzuwenden. Die Bereitstellung eines Teils des Sachkapitalstocks ist, etwa aufgrund des Vorliegens natürlicher Monopole, Aufgabe des Staats. Das öffentlich bereitgestellte Kapital wird häufig der Infrastruktur einer Volkswirtschaft zugerechnet. Es gehört aber auch zu den Staatsaufgaben, für ein ausreichendes und effizientes Schul- und Bildungssystem zu sorgen sowie Forschung und Entwicklung zu fördern, denn in beiden Bereichen wäre eine rein private Bereitstellung aufgrund von Marktversagen unzureichend. Ausgaben in diesen Bereichen sind investiv, auch wenn sie nach der Nomenklatur der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oft nicht zu den Investitionsausgaben gerechnet werden.

Es ist schwer möglich, aus allgemeinen theoretischen Überlegungen zu Aussagen darüber zu gelangen, in welchen Bereichen staatliche Investitionen besonders hohe gesamtwirtschaftliche Erträge abwerfen. Dazu sind genaue Kenntnisse der betrachteten Volkswirtschaft erforderlich. Allerdings ist grundsätzlich davon auszugehen, dass Investitionsprojekte dann hohe gesamtwirtschaftliche Erträge erwarten lassen, wenn sie die zukünftigen Produktionsmöglichkeiten erweitern. Das dürfte für Investitionen in den Bereichen Infrastrukturinvestitionen, Bildung (über den Aufbau von Humankapital), Wissenschaft und Forschung zutreffen. Der Rest kommt eher dem zukünftigen Konsum im Sinne einer besseren Daseinsvorsorge zugute. Es gibt sicher gute Gründe für Investitionen in die Innere Sicherheit, den Bevölkerungsschutz sowie in die Aufgabe „Transformation Krankenhäuser“. Das Ziel eines höheren Potenzialwachstums gehört aber zunächst einmal nicht dazu, und es bedarf einer speziellen Rechtfertigung dafür, diese Aufgaben nicht aus dem Kernhaushalt zu finanzieren. So könnte etwa argumentiert werden, eine grundlegende Verbesserung der Versorgung mit Krankenhausdienstleistungen verbessere die langfristigen Wachstumsaussichten ländlicher Regionen, wenn sie über höhere Spezialisierung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der wohnortnahen Versorgung die Attraktivität des ländlichen Raums trotz rückläufiger Bevölkerung erhöhe. Eine solche Argumentation kann aber nur dann voll überzeugen, wenn sie empirisch gut untermauert ist.

5. Welche Investitionsmaßnahmen wären im Finanzplanungszeitraum von 2026 bis 2030 Ihrer Einschätzung nach (besser) geeignet, ein höheres Potenzialwachstum in Mecklenburg-Vorpommern zu bewirken?

a) Welcher Effekt auf das Wirtschaftswachstum wäre bei Umsetzung dieser Maßnahmen Ihrer Einschätzung nach in diesem Zeitraum zu erwarten?

Geht man davon aus, dass der zu erwartende Rückgang der Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter kurz- bis mittelfristig nicht umkehrbar ist, so bleibt als Ansatzpunkt für die Steigerung des Wirtschaftswachstums lediglich die Arbeitsproduktivität, also die Wertschöpfung je Erwerbstätigen. Die Arbeitsproduktivität kann durch (Sach-)Kapitalakkumulation, technologischen Fortschritt und die Verbreitung neuen Wissens

gesteigert werden.[2] Bahnbrechend war in dieser Hinsicht die Arbeit von *P. M. Romer* (1990). Seine grundlegende Idee war, zwischen Gütern und Ideen zu unterscheiden. Sowohl für die Produktion von Gütern als auch von Ideen müssen Ressourcen aufgewendet werden.

Arbeitseinsatz, der in die Entwicklung von Ideen fließt – etwa Personal in Forschung und Entwicklung (FuE) – , steht nicht gleichzeitig für die Produktion von Gütern zur Verfügung. Ideen unterscheiden sich allerdings in einer zentralen Eigenschaft von Gütern: Es besteht keine Rivalität in der Nutzung. Eine Idee kann mehrfach in Produktionsprozesse einfließen, ohne dass sie sich abnutzt oder verbraucht wird. Dadurch entsteht ein so genannter externer Effekt: Diejenigen Unternehmen, die für die Entwicklung von Ideen Ressourcen aufwenden, generieren neues Wissen, das über kurz oder lang auch Dritten zur Verfügung steht. Bei dem privaten Kalkül, ob weitere Ressourcen in die Entwicklung von Ideen fließen sollen, werden die positiven Effekte für die Gesellschaft nicht berücksichtigt. Daher fallen die privaten Aufwendungen für die Ideenproduktion aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive zu gering aus, sodass mit öffentlichen, auf die Ideenproduktion abzielenden Maßnahmen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit langfristig gesteigert werden könnte.

In dem Modell von *Romer* (1990) hängt der technologische Fortschritt (die Veränderung der totalen Faktorproduktivität) davon ab, wieviel Arbeitszeit in die Ideenproduktion fließt. Der Lohn für den Arbeitseinsatz in der Ideenproduktion muss aus dem Erlös des Verkaufs von Gütern finanziert werden. Die Kosten der Ideenproduktion kann man als gesamtwirtschaftliche Investitionen verstehen, denn es können in einer gegebenen Periode weniger Konsumgüter produziert werden, wenn mehr Arbeitszeit in die Produktion von Ideen fließt. Die Produktion von Ideen erfordert somit gesamtwirtschaftlich einen Konsumverzicht in der Gegenwart. Dem stehen jedoch aufgrund des Effektes neuer Ideen auf die Produktivität zukünftige höhere Konsummöglichkeiten gegenüber.

Ähnlich verhält es sich mit Ausgaben für Bildung, also etwa Lehrpersonal und Schulinfrastruktur. Ein verbessertes Bildungswesen hat langfristig positive Effekte auf das Wirtschaftswachstum (*Hanushek* und *Woessmann*, 2012).

Wir betrachten nun fünf verschiedene Szenarien, in denen die künftige Arbeitsproduktivität durch heutige Investitionen gesteigert wird:

1. Private Investitionen in das Sachkapital (*Solow*, 1956),
2. Investitionen in den öffentlichen Kapitalstock (*Baxter* und *King*, 1993) wie zum Beispiel die Verkehrsinfrastruktur,
3. Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die zur Produktion von Ideen und damit über technologischen Fortschritt zu höherer Produktivität führen (*P. M. Romer*, 1990; *Jones*, 2005; *Lucas*, 2009),
4. Ausgaben für das Bildungswesen (Investitionen in das Humankapital), die den Stand des Wissens in der Bevölkerung verbessern (*Uzawa*, 1965; *Lucas*, 1988; *Mankiw, D. Romer* und *Weil*, 1992), in Form von Lehrerpersonal und
5. in Form von Mehrausgaben für die Schulinfrastruktur.

Alle diese Maßnahmen implizieren zunächst einen Konsumverzicht. In den Szenarien 1, 2 und 5 entsteht der Rückgang im Konsum dadurch, dass ein größerer Anteil der Produktion für Investitionen in Sachkapital verwendet wird, d. h., die Güterproduktion insgesamt und somit das Einkommen gehen in diesen Szenarien nicht zurück. In den Szenarien 3 und 4 werden mehr Erwerbstätige in der Forschung und Entwicklung bzw. im Bildungsbereich eingesetzt. Da diese Personen nicht mehr für die Güterproduktion zur Verfügung stehen, sinken in diesen beiden Szenarien anfänglich nicht nur der Konsum, sondern auch Produktion und Einkommen.

Die Maßnahmen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer langfristigen Wachstumswirkungen erheblich. In der langen Frist hat ein höherer Personaleinsatz im Bildungsbereich (Szenario 4) einen größeren Effekt auf die Produktion und den Konsum als Investitionen in das Sachkapital. Allerdings muss dafür ein vorübergehender Rückgang der Einkommen hingenommen werden. Zusätzliche Investitionen in das private Sachkapital (Sze-

[2] Die folgenden Passagen wurden weitgehend übernommen aus *Holtemöller* (2022).

nario 1) führen hingegen schneller zu einem Anstieg der Produktion und der gesamtwirtschaftlichen Einkommen. Kurzfristig sind in Szenario 1 die Konsummöglichkeiten am höchsten. Bildungsausgaben zahlen sich erst in der längeren Frist aus, denn es dauert eine gewisse Zeit, bis die besser ausgebildeten Personen auf dem Arbeitsmarkt aktiv werden und zur Güterproduktion beitragen. Den größten langfristigen Effekt auf die Konsum- und Produktionsmöglichkeiten haben Investitionen in Forschung und Entwicklung (Szenario 3). Allerdings dauert es bei ihnen noch länger, bis das Ausgangskonsumniveau wieder erreicht wird, und der Konsum übersteigt denjenigen in Szenario 4 erst in der sehr langen Frist.

Grundsätzlich wäre es somit sinnvoll, sich bei den Investitionen nicht ausschließlich auf Sachkapitalinvestitionen zu stützen und den Betrachtungszeitraum nicht zu kurz zu fassen. In dem mittelfristigen Zeitraum 2026 bis 2030 sind kaum Potenzialwachstumseffekte durch investive Maßnahmen zu erwarten; hierfür ist mehr Zeit zu veranschlagen.

6. Wie schätzen Sie die Effekte der seitens des Bundes in Mecklenburg-Vorpommern geplanten Investitionen, unter anderem aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität sowie für Verteidigung, Zivil- und Bevölkerungsschutz, in Höhe von insgesamt mindestens 5,5 Mrd. Euro über die nächsten ca. 15 Jahre auf das Potenzialwachstum in Mecklenburg-Vorpommern ein?

a) Inwiefern tragen die Investitionen aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität unmittelbar zur Steigerung des Potenzialwachstums in Mecklenburg-Vorpommern bei?

Die Investitionen aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität entfalten in Mecklenburg-Vorpommern vor allem angebotsseitig wachstumsfördernde Wirkungen. Sie adressieren strukturelle Engpässe, die bislang das regionale Potenzialwachstum begrenzt haben – insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung, Energieinfrastruktur und Digitalisierung.

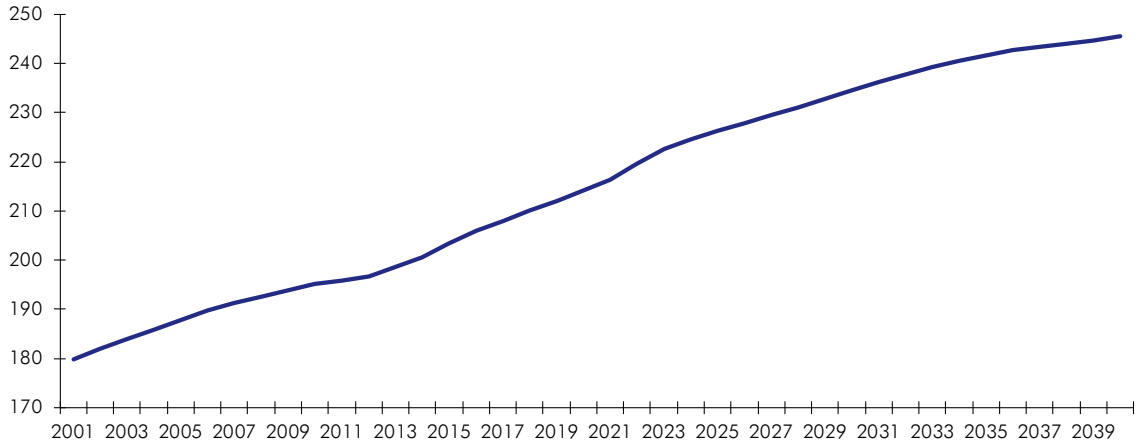
Zur Quantifizierung der unmittelbaren Effekte der Investitionen aus dem SVIK auf das Produktionspotenzial des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird eine Methode verwendet, die sich am Vorgehen der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose und der Methode der EU-Kommission, die im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird, orientiert (*Havik u. a.*, 2014). Grundlage ist eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, in die das potenzielle Arbeitsvolumen, der gesamtwirtschaftliche Kapitalstock und der Trend der totalen Faktorproduktivität (TFP) eingehen. Ohne die zusätzlichen Mittel aus dem SVIK nimmt das Produktionspotenzial bis zum Jahr 2040 um 9,4% bzw. jahresdurchschnittlich knapp 0,6% auf preisbereinigt 245 Mrd. Euro zu (vgl. Abbildung 1a). Die hier betrachteten Investitionen betreffen unmittelbar den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock. Bei einem angenommenen Volumen von kumuliert 5,5 Mrd. Euro bis zum Jahr 2040 beträgt der Unterschied – weitgehend unabhängig vom konkreten Zeitpunkt der Investitionen (vgl. Abbildung 1b) – am Ende des Projektionszeitraums preisbereinigt 3 Mrd. Euro. In Relation zum Niveau des Kapitalstocks in Höhe von etwa 400 Mrd. Euro entspricht dies weniger als 1%. Der Effekt auf das Produktionspotenzial beträgt etwa 0,3% (vgl. Abbildung 1c). Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate ist in dem betrachteten Zeitraum etwa 0,16 Prozentpunkte höher.

Zwar bilden diese Ergebnisse für sich genommen die zu erwartende Obergrenze der direkten Effekte ab, weil angenommen wird, dass sämtliche Mittel investiv verwendet werden und den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock im gleichen Maße ansteigen lassen. Andererseits bleiben makroökonomische Rückwirkungen und Zweitrundeneffekte unberücksichtigt, die den Gesamteffekt erhöhen könnten. So können öffentliche Investitionen die langfristige Produktivität erhöhen, aber auch zusätzliche private Investitionen nach sich ziehen, die wiederum das Produktionspotenzial steigern. Damit verbunden wären zudem positive Effekte aus einem aufgrund verbesserter Rahmenbedingungen höheren Arbeitsvolumen, etwa durch eine stärkere Erwerbsbeteiligung oder auch eine günstigere Binnenwanderung, wodurch das potenzielle Arbeitsangebot und somit das Produktionspotenzial zusätzlich ausgeweitet würden.

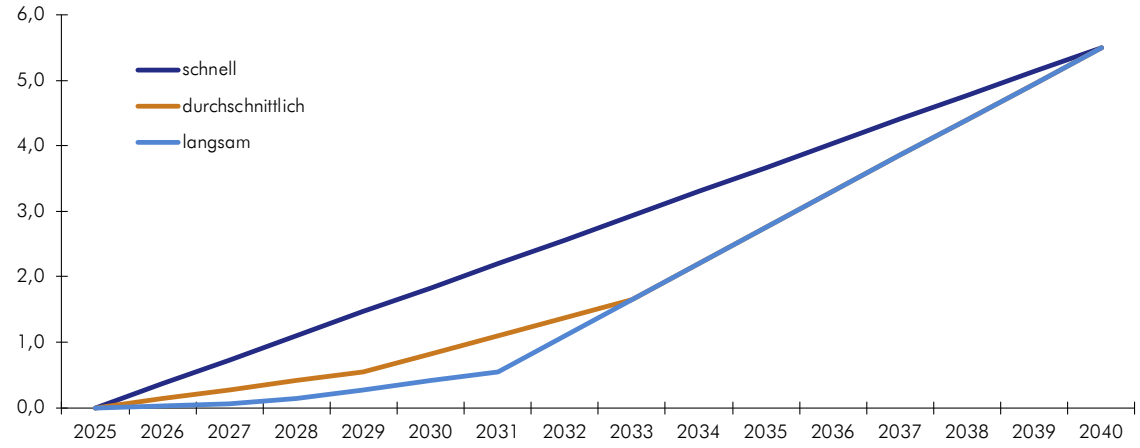
Abbildung 1

Wirkung zusätzlicher Investitionen auf das Produktionspotenzial Mecklenburg-Vorpommerns

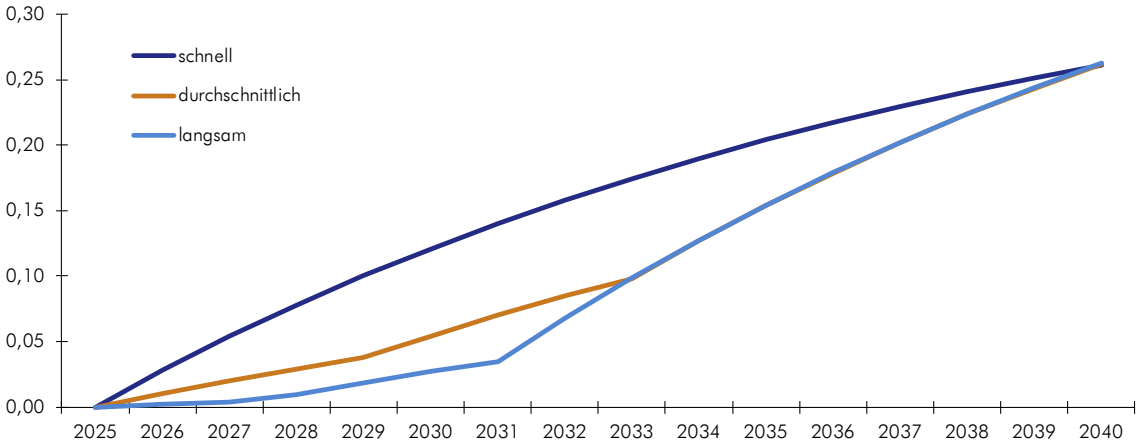
(a) Produktionspotenzial ohne zusätzliche Investitionen (in Mrd. Euro, preisbereinigt)



(b) Zusätzliche Investitionen bei unterschiedlichem Mittelabruf (in Mrd. Euro, kumuliert)



(c) Effekt zusätzlicher Investitionen auf das Produktionspotenzial bei unterschiedlichem Mittelabruf (in %)



Quellen: VGRdL, 2025; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Sachkapitalinvestitionen im Bereich Bildung und Forschung stärken das Humankapital und erhöhen langfristig die Produktivität. In einem Land, das durch eine im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Akademisierungsquote und überdurchschnittlich hohe Abwanderungsraten junger Fachkräfte gekennzeichnet ist, sind solche Maßnahmen von strategischer Bedeutung. Der Ausbau der Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur kann die Attraktivität des Standorts erhöhen und dazu beitragen, qualifizierte Arbeitskräfte im Land zu halten.

Investitionen in Klimaneutralität und Energieeffizienz tragen zur Modernisierung des Kapitalstocks und zur Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten bei. Dies betrifft insbesondere die maritime Industrie, den Bereich erneuerbare Energien (Wind, Wasserstoff) sowie die energieintensive Lebensmittel- und Baustoffindustrie. Hier können öffentliche Investitionen als Katalysator für private Anschlussinvestitionen wirken und regionale Spezialisierungen stärken.

Empirische Befunde deuten darauf hin, dass öffentliche Investitionen in diese Bereiche Multiplikatoren zwischen 1,5 und 2 erzielen (vgl. Tabelle 1). Die Effekte auf das Potenzialwachstum können somit erheblich sein.

Tabelle 1

Literaturbasierte Fiskalmultiplikatoren nach Ausgabenkategorie

Investitionsbereich	Mittel (in Mio. Euro)	Anteil (in %)	Multiplikator (über 5 Jahre)	Referenz(en)
Bildung	600	31,3	1,8 (1,5 bis 2,0)	Auerbach und Gorodnichenko, 2012; Bom und Ligthart, 2014; Fund, 2014; Ridder, Hannon und Pfajfar, 2020; Ilzetzki, Mendoza und Végh, 2013
Transformation Krankenhäuser	250	13,0	1,8 (1,5 bis 2,0)	Ilzetzki, Mendoza und Végh, 2013; Auerbach und Gorodnichenko, 2012
Innere Sicherheit/ Bevölkerungsschutz	300	15,6	0,7 (0,6 bis 0,8)	Sheremirov und Spirovska, 2022; Ilzetzki, Mendoza und Végh, 2013; Auerbach und Gorodnichenko, 2012
Wissenschaft/ Forschung	150	7,8	1,8 (1,4 bis 2,1)	Hall, Mairesse und Mohnen, 2010; Andrew J Fieldhouse und Mertens, 2025; Andrew J. Fieldhouse und Mertens, 2024
Infrastruktur	520	27,1	1,8 (1,5 bis 2,0)	Ramey, 2020; Ilzetzki, Mendoza und Végh, 2013; Auerbach und Gorodnichenko, 2012
Sport/Kultur/Zoos	100	5,2	0,7 (0,6 bis 0,8)	Ilzetzki, Mendoza und Végh, 2013; Auerbach und Gorodnichenko, 2012
gesamt	1 920	100,0	≈ 1,6 (gewichtet)	

b) Welche messbaren Effekte auf Produktivität, Wertschöpfung und private Investitionen sind zu erwarten?

Ausgehend von einem Investitionsvolumen von rund 1,9 Mrd. Euro über die kommenden Jahre und einem gewichteten Multiplikator von etwa 1,6 lässt sich ein zusätzlicher gesamtwirtschaftlicher Wertschöpfungseffekt von rund 3 Mrd. Euro ableiten. Diese Schätzung entspricht einem dauerhaften Beitrag von 0,1–0,2 Prozentpunkten zum jährlichen Potenzialwachstum, sofern die Investitionen effizient umgesetzt werden.

Beispiele hierfür sind die maritime Wirtschaft in Rostock (*Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland*, 2021), die Ernährungswirtschaft in der Mecklenburgischen Seenplatte (Industrie- und Handelskammer Schwerin und *IHK Nord*, 2023) sowie die Gesundheitswirtschaft in Greifswald (*BioCon Valley GmbH*, 2023). Clusterpolitische Ansätze nach *Porter*, 1990 und *Faggio, Silva* und *Strang*e, 2017 zeigen, dass regionale Spezialisierungen die Beschäftigungseffekte von Innovationsinvestitionen verstärken können.

Darüber hinaus ist von einem *crowding-in*-Effekt privater Investitionen auszugehen: Öffentliche Vorleistungen in Bildung, Energie- und Verkehrsinfrastruktur senken Investitionskosten, erhöhen Planungssicherheit und führen zu positiven Erwartungen über zukünftige Standortvorteile (*Ramey*, 2020). Die Folge sind zusätzliche private Kapitalzuflüsse, insbesondere in technologieorientierte und exportnahe Branchen.

Die Literatur verdeutlicht, dass Investitionen gezielt auf die regionalwirtschaftliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern abgestimmt werden müssen. Zur Veranschaulichung dienen die Abbildungen 2 bis 8 im Anhang, die die wirtschaftliche Entwicklung in den Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns im Zeitraum von 2000 bis 2019 darstellen. Darüber hinaus wird die zukünftige Entwicklung bis zum Jahr 2040 auf Basis von Bevölkerungsvorausberechnungen und ökonometrischen Methoden projiziert, wie sie in *Brachert u. a.*, 2023 und *Brachert u. a.*, 2025 beschrieben sind. Mecklenburg-Vorpommern hat aufgrund der demographischen Entwicklung in Zukunft mit einem starken Rückgang des Arbeitsvolumens zu rechnen. Dieser wirkt besonders stark außerhalb von Rostock und Schwerin.

c) Welche Rolle spielt die Verbesserung digitaler und verkehrlicher Infrastruktur für die Erhöhung des Potenzialwachstums im Land?

Eine moderne Infrastruktur bildet die Grundlage für langfristiges Produktivitätswachstum und wirtschaftliche Resilienz. In Mecklenburg-Vorpommern bestehen hier weiterhin strukturelle Defizite: Die Breitbandversorgung in ländlichen Räumen liegt unter dem Bundesdurchschnitt, und viele Regionen weisen eingeschränkte Erreichbarkeiten zu überregionalen Märkten auf.

Investitionen in digitale Netze erhöhen die Effizienz öffentlicher Dienstleistungen, erleichtern Home Office und Telearbeit und ermöglichen die Integration von kleinen und mittleren Unternehmen in digitale Wertschöpfungsketten (*Czernich u. a.*, 2011). Dies ist gerade für ein Flächenland mit alternder Bevölkerung von Bedeutung, da digitale Dienstleistungen Versorgungssicherheit und Produktivität gleichermaßen erhöhen.

Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur – insbesondere Schienen- und Schnellstraßenverbindungen – verbessert die regionale Konnektivität und senkt Transportkosten. Dies führt zu messbaren Produktivitätsgewinnen und mehr Unternehmensansiedlungen (*Duranton* und *Turner*, 2012). In Mecklenburg-Vorpommern betrifft dies vor allem die bessere Anbindung der Häfen (Rostock, Sassnitz-Mukran, Wismar) sowie die Ost-West-Verbindungen in die Binnenregionen.

Insgesamt leisten verbesserte digitale und verkehrliche Infrastrukturen einen doppelten Beitrag: Sie steigern unmittelbar die regionale Standortqualität und erhöhen mittelbar die Kapitalrenditen privater Investitionen. Zusammen mit Bildungs-, Innovations- und Clusterstrategien kann so eine nachhaltige Erhöhung des Potenzialwachstums in Mecklenburg-Vorpommern erreicht werden.

7. Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die in der Anhörung des Haushaltsausschusses des Bundestages zum Haushaltsbegleitgesetz 2025 sowie zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität von verschiedenen Sachverständigen geäußerte Kritik daran, dass die Mittel nicht vollständig in zusätzliche Investitionen fließen müssen?

a) Wie bewerten Sie diesbezüglich die geplante Mittelverwendung in Mecklenburg-Vorpommern?

Zweck des „Sondervermögens“ ist eine Erhöhung der staatlichen Investitionen. Rechtlich und ökonomisch wäre eine andere Verwendung schwer zu rechtfertigen. Allerdings ergibt sich aus der Beantwortung der Frage 3, dass der Investitionsbegriff aus theoretischer Sicht weiter gefasst ist als der Begriff im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Personalausgaben, die in der amtlichen Statistik dem Verwendungsaggregat Staatskonsum zugeschlagen werden, haben investiven Charakter, wenn damit etwa Lehrer oder Wissenschaftler bezahlt werden. Aus theoretischer Sicht wäre deshalb nicht zu kritisieren, wenn auf diese Weise ein Teil der Investitionen in den Bereichen Bildung und Wissenschaft/Forschung Verwendung finden würde.

8. In welcher Weise sollte das Land eine (ex ante) Priorisierung und (ex post) Evaluation der Ausgaben aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität vornehmen, beispielsweise durch Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen in der Planungsphase und begleitende und abschließende Erfolgskontrollen?

a) Wie ließe sich dies bezüglich der Mittelverwendung auf kommunaler Ebene umsetzen, ohne übermäßigen bürokratischen Aufwand zu erzeugen?

Mecklenburg-Vorpommern sollte die Ausgaben aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität durch ein systematisches Verfahren der Priorisierung und Evaluation steuern. *Ex ante* sollte eine strategische Ausrichtung erfolgen, die sicherstellt, dass Mittel auf Vorhaben mit dem höchsten Beitrag zu klima- und infrastrukturellen Zielen gelenkt werden. Dabei können Kriterien wie erwartete CO_2-Minderung, volkswirtschaftlicher Nutzen, Modernisierung kritischer Infrastruktur und Anpassung an Klimafolgen herangezogen werden. Ergänzend sind Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen in der Planungsphase sinnvoll, um Effizienz und Zielerreichung abzuschätzen. Bei Großprojekten sollten vollständige Kosten-Nutzen-Analysen einschließlich Szenarienbetrachtungen durchgeführt werden; für kleinere Vorhaben können vereinfachte Verfahren, etwa Checklisten oder Scoring-Modelle, ausreichen. Ein einheitliches Bewertungssystem mit gewichteten Kriterien – etwa Zielbeitrag, Kosten-Nutzen-Verhältnis, Projektrisiken und Kofinanzierung – unterstützt eine transparente und vergleichbare Mittelvergabe.

Ex post ist eine begleitende Erfolgskontrolle während/nach der Projektumsetzung erforderlich. Fortschrittsberichte zu Kosten und definierten Wirkungsindikatoren, die tatsächlichen Investitionen, eingesparte Treibhausgasemissionen oder die Zahl modernisierter Infrastrukturelemente, ermöglichen frühzeitige Kurskorrekturen. Nach Abschluss der Projekte sollte eine umfassende Evaluation erfolgen, die Zielerreichung und Wirtschaftlichkeit überprüft. Standardisierte Kennzahlen – wie Euro pro vermiedener Tonne CO_2 oder Nutzen-Kosten-Verhältnisse – schaffen Vergleichbarkeit. Um Objektivität und Glaubwürdigkeit zu stärken, sollten begleitende und abschließende Evaluierungen von unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtungen durchgeführt werden. Die gewonnenen Erkenntnisse sollten systematisch in zukünftige Förderentscheidungen zurückgespielt werden, um eine lernende und kontinuierlich verbesserte Mittelsteuerung zu ermöglichen. Unabhängige wissenschaftliche Einrichtungen sollten bereits in der Planungsphase mit einbezogen werden, um sicherzustellen, dass ex post eine methodisch einwandfreie Evaluierung tatsächlich möglich ist.

Auf kommunaler Ebene lässt sich diese Steuerungslogik ohne übermäßige Bürokratie umsetzen, wenn die Verfahren nach Projektgröße und Komplexität gestuft werden. Kleinere Vorhaben könnten vereinfachte Plausibilitätsprüfungen und standardisierte Kennzahlenberichte erfordern, während mittlere Projekte verkürzte Kosten-Nutzen-Bewertungen vorlegen. Großprojekte hingegen sollten detaillierte Analysen und Zwischenberichte enthalten. Zur Entlastung der Kommunen könnten zentrale Beratungsstellen, etwa auf Landesebene oder bei Förderbanken, fachliche Unterstützung bei Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und Evaluierungen leisten. Digitale Plattformen und standardisierte Vorlagen für Antragstellung, Berichterstattung und Monitoring reduzieren administrativen Aufwand und ermöglichen eine automatisierte Aggregation von Erfolgsindikatoren. Zudem sollte auf Doppelprüfungen verzichtet werden, indem bereits erbrachte Nachweise aus anderen Förderprogrammen anerkannt werden.

9. Wie kann Ihrer Einschätzung nach vermieden werden, dass die aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität sowie über die Bereichsausnahme für Verteidigung finanzierte Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand zu steigenden Preisen führt?

a) Wäre zur Vermeidung einer solchen Wirkung unter anderem eine konsequente Verteilung der Mittelverwendung über den gesamten Geltungszeitraum des Sondervermögens sinnvoll?

Das Baugewerbe in Mecklenburg-Vorpommern ist in den vergangenen fünf Jahren nominal schwächer gewachsen und real schneller geschrumpft als in Deutschland oder in den ostdeutschen Flächenländern insgesamt, obwohl die gesamtwirtschaftliche Produktion des Landes in diesem Zeitraum etwas stärker als in Deutschland oder in den restlichen ostdeutschen Flächenländern expandiert hat. Auch im ersten Halbjahr 2025 war die Baukonjunktur in Mecklenburg-Vorpommern schwächer als anderswo in Deutschland.[3] Als Begründung wird auf die zurückhaltende Auftragsvergabe der öffentlichen Hand verwiesen. Freie Kapazitäten werden im Baugewerbe zwar vorhanden sein, sie dürften aber begrenzten Umfang haben, denn im Verlauf der vergangenen fünf Jahre, in denen die Bauproduktion stetig gesunken ist, dürften auch die Kapazitäten heruntergefahren worden sein. Die Gefahr ist daher erheblich, dass der Versuch, möglichst schnell einen Investitionsschub auszulösen, mehr die Baupreise als die Produktion treiben würde; zumal die Baupreise auch gegenwärtig trotz schwacher Konjunktur stark steigen. So lag der Deflator des Baugewerbes deutschlandweit im zweiten Quartal um 7,6% über Vorjahresniveau. Deshalb ist zu empfehlen, die Mittel in etwa gleichmäßig über den gesamten Geltungszeitraum zu verteilen, auch um dem Gewerbe die mittelfristige Kapazitätsplanung zu erleichtern.

10. Sehen Sie noch andere Punkte, bei denen die Verwendung der Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität anders gestaltet werden sollte?

Hier verweisen wir auf die Antwort zu Frage 13.

[3] Vgl. Vorstellung der monatlichen Eckdaten des Baugewerbes in Mecklenburg-Vorpommern am 30.06.2025, https://www.bauverband-mv.de/oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilungen.

11. Welche Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts müsste Ihrer Einschätzung nach erreicht werden, um über Steuermehreinnahmen des Landes sowie über höhere Bundesergänzungszuweisungen die Handlungsbedarfe in der Mittelfristigen Finanzplanung von mehr als 1 Mrd. Euro ab 2028 auflösen und auf diese Weise den Haushaltsausgleich für die Jahre 2028 bis 2030 erreichen zu können?

Abgesehen von kurzfristigen Schwankungen nahmen die Steuereinnahmen der deutschen Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) zwischen 1991 und 2024 im Durchschnitt mit einer ähnlichen Rate zu wie das nominale Bruttoinlandsprodukt. Überträgt man diesen Zusammenhang auf Mecklenburg-Vorpommern, müsste für einen Ausgleich des finanzpolitischen Handlungsbedarfs in den Jahren 2028 bis 2030 allein über Mehreinnahmen von Steuern und Bundesergänzungszuweisungen das nominale Bruttoinlandsprodukt Mecklenburg-Vorpommerns, ebenso wie das gesamtdeutsche, im Finanzplanungszeitraum jährlich um gut 6% zunehmen. Die Bundesregierung ging in ihrer Frühjahrsprojektion 2025 für das gesamtdeutsche Bruttoinlandsprodukt von einem jahresdurchschnittlichen nominalen Zuwachs von 3% aus.

12. Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, über ein höheres Wirtschaftswachstum die Handlungsbedarfe für die Jahre 2028 bis 2030 auflösen zu können?

Ein Ausgleich der vorhandenen Fehlbeträge in den Planjahren 2028 bis 2030 allein durch wachstumsinduzierte Steuermehreinnahmen ist nahezu ausgeschlossen.

13. Welche Finanz- und Investitionsstrategie des Landes wäre insgesamt in der aktuellen haushaltspolitischen Situation sowie vor dem Hintergrund der zukünftigen Herausforderungen des Landes, unter anderem der demographischen Entwicklung, Ihrer Bewertung nach, ratsam?

Eine Finanz- und Investitionsstrategie sollte die Elemente private Investitionsförderung, Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, investive Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung und investive Maßnahmen im Bildungsbereich beinhalten und dabei politikökonomische Aspekte im Blick behalten.[4]

Private Investitionsförderung

Die Wirtschaftspolitik kann Investitionen in das Sachkapital für Unternehmen attraktiver machen, indem sie Maßnahmen ergreift, die die Grenzproduktivität des Kapitals erhöhen oder die Kapitalnutzungskosten reduzieren. Die Grenzproduktivität des Kapitals lässt sich etwa durch eine bessere Ausstattung an ergänzenden Produktionsfaktoren, zum Beispiel öffentliche Infrastruktur oder Arbeitskräfte, steigern. Die Kapitalnutzungskosten lassen sich beispielsweise durch Subventionen für investierende Unternehmen oder Steuererleichterungen reduzieren (*Criscuolo u. a.*, 2019). In der Literatur bestehen allerdings erhebliche Zweifel, ob mit Unternehmenssubventionen oder Steuererleichterungen tatsächlich positive Wachstumseffekte erzielt werden. Es besteht dabei nämlich die Gefahr, dass Projekte in unproduktiven Unternehmen subventioniert werden oder dass nicht Start-ups, die zwar innovativ sind, aber noch keinen Gewinn erwirtschaften, sondern nur die etablierten Unternehmen von Steuererleichterungen profitieren (*Bravo-Biosca, Criscuolo* und *Menon*, 2013).

Investitionen in die öffentliche Infrastruktur

Insgesamt gehen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften wie Deutschland oder den USA zusätzliche Infrastrukturinvestitionen nur mit geringen Wachstumseffekten einher (*Eck u. a.*, 2015; *Ramey*, 2020). Daher ist es wichtig, gezielt dort zu investieren, wo noch Wachstumseffekte zu erwarten sind. Prioritäten sollten heutzutage

[4] Die folgenden Passagen wurden weitgehend übernommen aus *Holtemöller* (2022).

nicht allein bei der Verkehrsinfrastruktur, sondern verstärkt bei der digitalen Infrastruktur gesetzt werden, beispielsweise bei der Verfügbarkeit von Breitband-Internetanschlüssen.

Investive Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung

Je näher eine Volkswirtschaft an die technologische Grenze kommt, desto wichtiger werden Innovationen für das weitere Wirtschaftswachstum (*Acemoglu, Aghion* und *Zilibotti*, 2006). Dabei kommt es vor allem auf hochqualifiziertes Personal und innovationsfreundliche Institutionen an. Grundlagenforschung leistet einen wichtigen Beitrag für den Innovationsgrad und den Marktwert von Patenten (*Krieger, Schnitzer* und *Watzinger*, 2024). Für die weitere Entwicklung der Spitzenforschung in Ostdeutschland ist es beispielsweise wichtig, die Universitäten so zu stärken, dass sie wettbewerbsfähiger bei der Einwerbung von Drittmitteln werden.

Investive Maßnahmen im Bildungsbereich

Die größte volkswirtschaftliche Rendite im Bildungsbereich haben Maßnahmen zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung. Es geht dabei in erster Linie um die Förderung der Sprachkompetenz und der Fähigkeiten zur Selbststeuerung vor Schuleintritt und in den ersten Schuljahren, vor allem bei sozial benachteiligten Kindern (*Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V., aca-tech – Deutsche Akademie der Technikwissenschafen e. V.* und *Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e. V.*, 2014; *Francesconi* und *Heckman*, 2016). Solche Maßnahmen haben eine hohe volkswirtschaftliche Rendite, weil sie die Wahrscheinlichkeit eines Schulabschlusses erhöhen, die Anfälligkeit für Kriminalität verringern, die Gesundheit positiv beeinflussen und positive Effekte auf das individuelle Einkommen haben (*Heckman, Humphries* und *Veramendi*, 2018). Personen ohne Schulabschluss haben auf dem Arbeitsmarkt besonders schlechte Chancen, und es ist davon auszugehen, dass diese Probleme auch die Bildungschancen und die Beschäftigungswahrscheinlichkeit der Kinder der Betroffenen beeinträchtigen (*Mäder u. a.*, 2015).

Politökonomische Aspekte

Damit sich der technologische Fortschritt und neues Wissen in der Produktion auch tatsächlich verbreiten, ist es wichtig, dass Ressourcen von herkömmlichen Produktionsstätten in innovative Bereiche fließen (schöpferische Zerstörung, *Schumpeter*, 1942). Dies ist in der Regel mit gesellschaftlichen Belastungen verbunden, weil etwa Beschäftigte in veralteten Produktionsstrukturen ihren Arbeitsplatz verlieren. Daher ist davon auszugehen, dass die Interessenvertreter bestehender Unternehmen Einfluss auf die Politik ausüben, um den Wettbewerb zu mindern (*Acemoglu et al.*, 2006) oder um etwa mit Verweis auf den Erhalt bestehender Arbeitsplätze staatliche Protektion oder Subventionen zu erwirken (*Grossman* und *Helpman*, 1994). Unternehmen, denen es gelingt, politisch Einfluss zu nehmen, können kurzfristig erfolgreicher sein als andere Unternehmen; aber langfristig besteht die Gefahr, dass sie weniger innovativ sind und damit den Produktivitätsfortschritt behindern (*Akcigit, Baslandze* und *Lotti*, 2023).

Der technologische Fortschritt birgt die Gefahr, dass damit einhergehende Wohlfahrtsgewinne ungleich verteilt sind (*Grossman* und *Helpman*, 2018) und dadurch eine Polarisierung in der Gesellschaft befördert wird (*Peralta-Alva* und *Roitman*, 2018). Aufgabe der sozialen Marktwirtschaft ist es, eine gerechte Verteilung der gesamtwirtschaftlichen Gewinne, die aus dem technologischen Fortschritt und der Reallokation von Ressourcen resultieren, zu gewährleisten. Dazu ist es notwendig, Steuern oder Beiträge zu erheben, um soziale Transfers wie etwa das Arbeitslosengeld zu finanzieren. Steuern wirken in der Regel verzerrend auf die Allokation der Ressourcen und vermindern somit für sich genommen die gesamtwirtschaftliche Produktion. Auch dies führt für sich betrachtet zu einem Konsumverzicht und sollte als Investition in die dauerhafte Akzeptanz und Funktionsfähigkeit einer dynamischen Marktwirtschaft mit gesamtwirtschaftlich vorteilhafter Verbreitung neuer Technologien und der damit verbundenen Reallokation von Ressourcen angesehen werden.

Demokratisch gewählte Politiker unterliegen bei ihren Entscheidungen der Erschwernis, die Wiederwahlchancen berücksichtigen zu müssen (*Nordhaus*, 1975). Investive Maßnahmen, deren wachstumsfördernde Effekte weit in der Zukunft liegen, sind in dieser Hinsicht wenig attraktiv, während Maßnahmen, die kurzfristig öffentlichkeitswirksam, aber unter Umständen nicht nachhaltig sind, eine größere Wahrscheinlichkeit haben,

umgesetzt zu werden. Nimmt man an, dass der Zeithorizont der Regierung kürzer ist als der Zeithorizont der Bevölkerung und dass die Regierung stärker auf die Produktion insgesamt als auf die Konsummöglichkeiten der Bevölkerung achtet, so ergeben sich daraus langfristig suboptimale Investitionen in denjenigen Bereichen, die erst sehr langfristig das Niveau der Produktion bzw. des Konsums erhöhen, also im Bildungsbereich und im Bereich Forschung und Entwicklung; und es kann zu überhöhten Investitionssubventionen für private Unternehmen kommen.

14. Wie bewerten Sie anhand der aktuellen wirtschaftlichen Situation des Landes die Anteile der Investitionsmaßnahmen am Gesamthaushalt?

Unabhängig vom Effekt des „Sondervermögens" ist der Anteil der Investitionsausgaben an den Gesamtausgaben des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Ländervergleich recht hoch, im Jahr 2023 war er sogar der höchste unter allen Bundesländern (Pressemitteilung des Finanzministeriums von Mecklenburg-Vorpommern vom 24.03.2024). Allerdings gehen in diese Quote statistisch als konsumtiv ausgewiesene Ausgaben im Bildungsbereich wie Lehrergehälter nicht ein, die auch investiv wirken können. Der im Bundesschnitt recht hohe Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss deutet auf Defizite des Landes in diesem Bereich hin.[5]

15. Wie bewerten Sie die Aussage, dass durch die schuldenfinanzierten Investitionen lediglich Aufgaben des Kernhaushaltes verschoben werden?

Mit Blick auf den Bundesanteil am Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) lassen sich laut ersten Analysen tatsächlich Verschiebungen aus dem Kernhaushalt des Bundes in das Sondervermögen identifizieren (*Beznoska, Burstedde* und *Hentze*, 2025). So zeigt ein Vergleich des Entwurfs für den Bundeshaushalt 2026 mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2024, dass unter anderem Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur im Kernhaushalt 2026 geringer ausfallen sollen als im Jahr 2024, stattdessen aber im Wirtschaftsplan des SVIK auftauchen. Somit werden Investitionen zumindest teilweise aus dem Kernhaushalt des Bundes in das SVIK verschoben (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2

Planansätze für ausgewählte Infrastrukturinvestitionen des Bundes im Wirtschaftsplan SVIK und entsprechende Minderausgaben im Kernhaushalt

in Mrd. Euro

Ausgabeposition	Planansatz SVIK für 2026	Änderung im Kernhaushalt 2026 gg. 2024	tatsächliche Mehrausgaben
Sanierung von Autobahnbrücken	+2,5	–1,7	+0,8
Schienennetz der Deutschen Bahn	+18,8	–3,7	+5,1
Breitbandausbau	+2,3	–1,8	+0,5
Bundeswasserstraßen	±0,0	+0,1	+0,1

Quelle: *Beznoska, Burstedde* und *Hentze*, 2025.

Auch für die den Bundesländern zustehenden Mittel aus dem SVIK ist zu erwarten, dass diese nicht vollständig zu zusätzlichen investiven öffentlichen Ausgaben führen werden. Dass über die schuldenfinanzierten Investitionen aber *lediglich* Verschiebungen aus dem Kernhaushalt in das SVIK erfolgen, ist nicht zu erwarten. Ein erheblicher Teil der Investitionen dürfte durchaus zusätzlich sein.

5 Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Statistikportal: frühe Schulabgänger.

16. Wie beurteilen Sie die Leistungsfähigkeit künftiger Haushalte für die Erhaltung und Bewirtschaftung der beabsichtigten Investitionen?

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat in der Zeit von 2006 bis einschließlich 2024 fast durchgehend Haushaltsüberschüsse erzielt. Einzige Ausnahmen waren das Jahr 2010, in dem im Gefolge der Finanzkrise die Einnahmen einbrachen, sowie das Jahr 2020, in dem die Ausgaben pandemiebedingt besonders stark zunahmen und die Einnahmen sich schwach entwickelten. Sonst lag der Finanzierungssaldo des Landes Mecklenburg-Vorpommern in den vergangenen 20 Jahren fast durchweg höher als bei der Haushaltsaufstellung geplant, auch aufgrund der nahezu durchweg unterschätzten konjunkturellen Entwicklung. Der Stabilitätsrat hat bislang keine drohende Haushaltsnotlage für Mecklenburg-Vorpommern festgestellt (*Stabilitätsrat*, 2024). Gleichwohl hat in den zurückliegenden Jahren in den mittelfristigen Finanzplanungen des Landes der zum Erreichen eines ausgeglichenen Haushalts erforderliche finanzpolitische Handlungsbedarf kontinuierlich zugenommen, und ein ausgeglichener Haushalt ließ sich zumeist nur durch Entnahmen aus Rücklagen realisieren.

Auch im Haushaltsplan für die Jahre 2026 und 2027 ist der Haushalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern nur ausgeglichen, weil die verbliebenen Rücklagen aus dem Sondervermögen 'Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern' vollständig aufgelöst werden. In den Folgejahren liegt der finanzpolitische Handlungsbedarf – trotz des neuen strukturellen Verschuldungsspielraums der Länder – jeweils bei ungefähr einer Mrd. Euro. Finanzpolitische Spielräume sind also nicht vorhanden, es besteht im Gegenteil erheblicher Konsolidierungsbedarf. Hinzu kommt, dass künftig der Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland, der die entscheidende Determinante für die Entwicklung der Steuereinnahmen darstellt, keinesfalls mehr an die hohen Raten der vergangenen Jahre heranreichen wird.

Der Finanzbedarf für die Erhaltung und Bewirtschaftung künftiger Investitionen hängt stark davon ab, welche konkreten Projekte mit den Mitteln aus dem SVIK und der Bereichsausnahme Verteidigung in Mecklenburg-Vorpommern realisiert werden. Wird etwa über das SVIK in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung oder Bevölkerungsschutz zusätzliches Personal eingestellt, resultieren daraus dauerhaft höhere öffentliche Ausgaben. Fließen die Mittel hingegen in einmalige Sachinvestitionen (z. B. neue Möbel für Schulen oder neue Einsatzfahrzeuge für Polizei und Feuerwehr), resultieren wesentlich geringere Folgekosten. Außerdem ist nicht bekannt, wieviel Prozent der nach Mecklenburg-Vorpommern fließenden Mittel letztlich tatsächlich zu zusätzlichen Investitionen führen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

1. Wirtschaftsstrukturelle Spezifika Mecklenburg-Vorpommerns

Mecklenburg-Vorpommern ist ein ostdeutsches Flächenland mit überwiegend ländlicher Prägung, einer alternden und langfristig voraussichtlich schrumpfenden Bevölkerung sowie einer vergleichsweise geringen Industriedichte. Das Verarbeitende Gewerbe spielt eine untergeordnete Rolle, während öffentliche Dienstleistungen einen hohen Anteil an der Wirtschaftsleistung einnehmen. Im Vergleich zu den übrigen ostdeutschen Flächenländern weist Mecklenburg-Vorpommern einige Besonderheiten auf. So war das Land zwischen 2002 und 2020 das Bundesland mit dem niedrigsten Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner. Zugleich hat es den höchsten Beitrag des Gastgewerbes zur Bruttowertschöpfung unter allen Bundesländern (2022: 2,9%; ostdeutsche Flächenländer: 1,7%; Bund: 1,4%; zum Vergleich Spanien: 6,7%), obgleich auch dieser Wert relativ gering ist.

Seit dem Jahr 2010 hat sich die wirtschaftliche Dynamik Mecklenburg-Vorpommerns spürbar verbessert: Das Wirtschaftswachstum – sowohl absolut als auch je Einwohner – lag im Durchschnitt über dem der übrigen deutschen Flächenländer und Deutschlands insgesamt. Dadurch konnte das Land Sachsen-Anhalt und Thüringen beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner überholen. Auffällig ist, dass dieser Aufholprozess nicht durch das Gastgewerbe oder die öffentlichen Dienstleistungen getragen wurde, sondern vor allem durch das Produzierende Gewerbe ohne Bau. Zwar bleibt die industrielle Basis weiterhin klein, sie ist jedoch nicht mehr so schwach ausgeprägt wie in der Vergangenheit. Insgesamt nähert sich die Wirtschaftsstruktur Mecklenburg-Vorpommerns langsam derjenigen Deutschlands an.

Konjunkturell folgt Mecklenburg-Vorpommern weitgehend dem gesamtdeutschen Muster. Produktionsschwankungen fallen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt etwas geringer aus; der Korrelationskoeffizient der Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung für den Zeitraum 1996–2024 liegt bei 0,6. In der Wirtschafts- und Finanzkrise war der Produktionseinbruch weniger stark, der anschließende Aufschwung jedoch ebenfalls moderater. Von Bedeutung für die mittelfristige Produktionsentwicklung ist die demographische Entwicklung: Mecklenburg-Vorpommern ist – ähnlich wie andere Neue Bundesländer – von einem kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang betroffen. Lange lag das Land dabei unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer, jüngst ziehen jedoch die besonders starken Rückgänge in Thüringen und Sachsen-Anhalt diesen Durchschnitt weiter nach unten.

2. Implikationen der Grundgesetzänderungen vom März 2025 für die öffentlichen Ausgaben in Mecklenburg-Vorpommern

Am 18. März 2025 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, ein Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) in Höhe von 500 Mrd. Euro einzurichten, von denen 100 Mrd. Euro den Bundesländern zur Verfügung stehen sollen. Zudem wurde den Ländern ein struktureller Verschuldungsspielraum in Höhe von 0,35% des Bruttoinlandsproduktes eingeräumt. Darüber hinaus sind künftig Verteidigungsausgaben des Bundes, die 1% des Bruttoinlandsproduktes überschreiten, von der Schuldenbremse des Bundes ausgenommen.[6]

Aus der neuen grundgesetzlichen Kreditaufnahmeermächtigung für die Länder ergibt sich für Mecklenburg-Vorpommern für die Jahre 2026 und 2027 jeweils eine zulässige Kreditermächtigung in Höhe von 277,5 Mio. Euro, die in vollem Umfang in Anspruch genommen werden soll (*Ministerium für Finanzen und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern*, 2025). In der mittelfristigen Finanzplanung des Landes Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2030 ist keine Abweichung von der konjunkturellen Normallage unterstellt, sodass

[6] Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h) vom 22. März 2025.

sich in der mittleren Frist eine Kreditermächtigung in Höhe von 0,35% des nominalen Bruttoinlandsproduktes Mecklenburg-Vorpommerns ergibt.[7]

Von den für die Länder vorgesehenen 100 Mrd. Euro aus dem SVIK stehen Mecklenburg-Vorpommern über die Laufzeit von 12 Jahren (rückwirkend von Januar 2025 bis Dezember 2036) 1,92%, also 1,92 Mrd. Euro zu, was einem jährlichen Volumen von 160 Mio. Euro entspricht.8 Das SVIK sieht vor allem Förderungen in den Investitionsbereichen Zivil- und Bevölkerungsschutz, Verkehr-, Krankenhaus- und Energieinfrastruktur, Bildungs-, Betreuungs- und Wissenschaftsinfrastruktur, Forschung und Entwicklung sowie Digitalisierung vor. In Mecklenburg-Vorpommern wurde im so genannten *MV-Plan 2035* im Juli 2025 festgelegt, wie die zur Verfügung stehenden Mittel auf die verschiedenen Bereiche, die in § 3 Abs. 1 des *Bundesgesetzes zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen* benannt sind, verteilt werden sollen (Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 2025).

Für die übrigen 400 Mrd. Euro aus dem SVIK, die dem Bund bzw. dem *Klima- und Transformationsfonds* zur Verfügung stehen, ist ebenfalls unterstellt, dass davon 1,92% in Mecklenburg-Vorpommern produktionswirksam werden.[9] Neben der Einführung eines Verschuldungsspielraums für die Länder und der Einrichtung des SVIK wurde für Ausgaben des Bundes in den Bereichen Verteidigung, Zivil- und Bevölkerungsschutz, für Ausgaben für Nachrichtendienste, für den Schutz informationstechnischer Systeme sowie für Hilfen für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten eine so genannte ‚*Bereichsausnahme*' eingeführt. Diese sieht vor, dass Ausgaben in den genannten Bereichen, die 1% des nominalen Bruttoinlandsproduktes übersteigen, von der Schuldenbremse des Bundes ausgenommen werden. Laut Finanzplan des Bundes sollen im Jahr 2025 32,1 Mrd. Euro der genannten Ausgaben über dem Grenzwert von 1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen (*Deutscher Bundestag*, 2025). Bis zum Jahr 2029 soll sich dieser Betrag auf 122,1 Mrd. Euro erhöhen (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3

Ausgaben der Bereichsausnahme

in Mrd. Euro

	2. RegE 2025	RegE 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029
Ausgaben Bereichsausnahme	75,1	97,4	108,1	152,4	168,7
abzüglich 1% des Bruttoinlandsproduktes des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres	41,9	43,1	43,9	45,3	46,6
bei der Schuldenregel nicht zu berücksichtigende Kreditaufnahme	32,1	54,3	64,2	107,2	122,1

Quelle: *Deutscher Bundestag*, 2025.

Im Folgenden wird unterstellt, dass die durch die Bereichsausnahme Verteidigung ermöglichten Mehrausgaben ohne die Grundgesetzänderung nicht getätigt worden wären. Der Teil dieser Ausgaben, der in Mecklenburg-Vorpommern zu zusätzlicher Produktion führt, wird anhand des Anteils der Beschäftigten in der Verteidigungsindustrie in Mecklenburg-Vorpommern an der Gesamtbeschäftigung in der Rüstungssparte in

7 Zudem wurde in Mecklenburg-Vorpommern mit der dortigen Einführung einer Schuldenbremse im Jahr 2015 ein Sondervermögen Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Abfederung konjunktureller Einnahmeschwankungen eingeführt. Dieses wuchs bis zum Jahr 2019 auf 500 Mio. Euro an. Durch Entnahmen in den Jahren 2024 und 2025 hat sich der Bestand auf 293 Mio. Euro reduziert. Laut Haushaltsplanentwurf 2026/27 soll auch diese Rücklage in den beiden Haushaltsjahren vollständig aufgebraucht werden.

8 Die Mittelverteilung an die Länder erfolgt je zur Hälfte nach dem *Königsteiner Schlüssel* aus dem Jahr 2019 und dem fortgeschriebenen *Königsteiner Schlüssel* 2024. Nach diesem sind für die Verteilung von Bundesmitteln an die Länder zu zwei Dritteln deren Anteile am gesamten Steueraufkommen der Länder (nach Länderfinanzausgleich) und zu einem Drittel deren Anteile an der Gesamtbevölkerung relevant.

9 Das *Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes* vom 24. März 2025 sieht vor, dass dem Bund 300 Mrd. Euro aus dem SVIK zustehen. Die verbleibenden 100 Mrd. Euro fließen in den Klima- und Transformationsfonds.

Deutschland bestimmt. Im Jahr 2014 – aktuellere Daten liegen nicht vor – lag dieser Anteil bei 0,3% (*VDI Technologiezentrum*, 2015). Aus allen durch die Grundgesetzänderungen ermöglichten Mehrausgaben ergäben sich, sofern diese zusätzlich sind, in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt folgende finanzpolitische Impulse gemäß Tabelle 4.

Tabelle 4

Fiskalische Impulse in Mecklenburg-Vorpommern durch die Änderungen der Grundgesetzartikel 109, 115 und 143h

Mehrausgaben gegenüber 2024

	2025	2026	2027	2028	2029	2030
			Mrd. Euro			
SVIK Anteil MV	0,16	0,16	0,16	0,16	0,16	0,16
SVIK Bund	0,64	0,64	0,64	0,64	0,64	0,64
grundgesetzliche Kreditermächtigung	0,28	0,28	0,23	0,24	0,25	0,25
Mehrausgaben Verteidigung Bund	0,10	0,16	0,19	0,32	0,37	0,39
insgesamt	**1,17**	**1,24**	**1,22**	**1,36**	**1,41**	**1,44**
			in Relation zum BIP in %			
SVIK Anteil MV	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
SVIK Bund	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
grundgesetzliche Kreditermächtigung	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Mehrausgaben Verteidigung Bund	0,2	0,3	0,3	0,5	0,5	0,5
insgesamt	**1,9**	**1,9**	**1,9**	**2,0**	**2,0**	**2,0**

Quellen: *Deutscher Bundestag*, 2025; *Ministerium für Finanzen und Digitalisierung des Landes Mecklenburg- Vorpommern*, 2025. Berechnungen des IWH.

Literatur

Acemoglu, Daron; Aghion, Philippe; Zilibotti, Fabrizio (2006): Distance to Frontier, Selection, and Economic Growth, in: Journal of the European Economic Association, Vol. 4 (1), 37–74. DOI: 10.1 162/jeea.2006.4.1.37.

Akcigit, Ufuk; Baslandze, Salomé; Lotti, Francesca (2023): Connecting to Power: Political Connections, Innovation, and Firm Dynamics, in: Econometrica, Vol. 91 (2), 529–564. DOI: 10.3982/ECT A18338.

Auerbach, Alan J.; Gorodnichenko, Yuriy (2012): Measuring the Output Responses to Fiscal Policy, in: American Economic Journal: Economic Policy, Vol. 4 (2), 2012, 1–27. DOI: 10.1257/pol.4.2.1.

Baxter, Marianne; King, Robert G. (1993): Fiscal Policy in General Equilibrium, in: American Economic Review, Vol. 83 (3), 1993, 315–334. URL https://www.jstor.org/stable/2117521.

Beznoska, Martin; Burstedde, Alexander; Hentze, Tobias (2025): Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität: Bund investiert nur wenig zusätzlich. IW-Kurzbericht 81/2025. Köln: Institut der Deutschen Wirtschaft (IW).

BioCon Valley GmbH (2023): Der ökonomische Fußabdruck der Gesundheitswirtschaft im Ostseeraum. Abgerufen am 8. Oktober 2025. Greifswald: BioCon Valley GmbH.

Bom, Pedro R. D.; Ligthart, Jenny E. (2014): What Have We Learned from Three Decades of Research on the Productivity of Public Capital?, in: Journal of Economic Surveys, Vol. 28 (5), 889–916. DOI: 10.1111/joes.12037.

Brachert, M. u. a. (2023): Begleitende Evaluierung des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) und des STARK-Bundesprogramms: Zwischenbericht vom 30.06.2023. IWH Studies 6/2023. Halle (Saale): IWH.

Brachert, M. u. a. (2025): Begleitende Evaluierung des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) und des STARK- Bundesprogramms – Zweiter Zwischenbericht vom 31.10.2024. IWH Studies 1/2025. Halle (Saale): IWH.

Bravo-Biosca, Albert; Criscuolo, Chiara; Menon, Carlo: (2013): What Drives the Dynamics of Business Growth? OECDScience, Technology and Industry Policy Papers 1. OECD. DOI: 10.1787/5k486qtttq46-en.

Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland:(2021): Siebter Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung und Zukunftsperspektiven der maritimen Wirtschaft in Deutschland. Drucksache 19/27975, Abgerufen am 8. Oktober 2025. Berlin: Deutscher Bundestag. URL: https://dserver.bundestag.de/btd/19/279/1927975.pdf.

Criscuolo, Chiara u. a. (2019): Some Causal Effects of an Industrial Policy, in: American Economic Review, Vol. 109 (1), 48–85. DOI: 10.1257/aer.20160034.

Czernich, Nina u. a. (2011): Broadband Infrastructure and Economic Growth, in: Economic Journal, Vol. 121 (552), 505–532. DOI: 10.1111/j.1468-0297.2011.02420.x.

Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V.; acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschafen e. V.; Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e. V. (2014): Frühkindliche Sozialisation. Biologische, psychologische, linguistische, soziologische und ökonomische Perspektiven.

Deutscher Bundestag (2025): BT-Drucksache 21/601. Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029. Berlin.

Duranton, Gilles; Turner, Matthew A. (2012): Urban Growth and Transportation, in: Review of Economic Studies, Vol. 79 (4), 1407–1440. DOI: 10.1093/restud/rds010.

Eck, Alexander u. a. (2015): Öffentliche Infrastrukturinvestitionen: Entwicklung, Bestimmungsfaktoren und Wachstumswirkungen. ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich.

Faggio, Giulia; Silva, Olmo; Strange, William C. (2017): Heterogeneous Agglomeration, in: Review of Economics and Statistics, Vol. 99 (1), 80–94. DOI: 10.1162/REST_a_00604.

Fieldhouse, Andrew J.; Mertens, Karel (2025): The Social Returns to Public R&D. Working Paper 33780. National Bureau of Economic Research. DOI: 10.3386/w33780.

Fieldhouse, Andrew J.; Mertens, Karel (2024): The Returns to Government R&D: Evidence from U.S. Appropriations Shocks. Research Department Working Paper 2305. Revised version. Federal Reserve Bank of Dallas, Research Department. DOI: 10.24149/wp2305r2.

Francesconi, Marco; Heckman, James J. (2016): Child Development and Parental Investment: Introduction, in: The Economic Journal, Vol. 126, (596), F1–F27. DOI: 10.1111/ecoj.12388.

Fund, International Monetary (2014): Is It Time for an Infrastructure Push? The Macroeconomic Effects of Public Investment. World Economic Outlook, Chapter 3. International Monetary Fund.

Grossman, Gene M.; Helpman, Elhanan (1994): Protection for Sale, in: American Economic Review, Vol. 84 (4), 833–850. URL: https://www.jstor.org/stable/2118033.

Grossman, Gene M.; Helpman, Elhanan (2018): Growth, Trade and Inequality, in: Econometrica, Vol. 86 (1), 37–83. DOI: 10.3982/ECTA14518.

Hall, Bronwyn H.; Mairesse, Jacques; Mohnen, Pierre (2010): Measuring the Returns to R&D, in: Handbook of the Economics of Innovation. Hrsg. von Bronwyn H. Hall und Nathan Rosenberg. Bd. 2. Elsevier, 1033–1082. DOI: 10.1016/S0169-7218(10)02008-3.

Hanushek, Eric A.; Woessmann, Ludger (2012): Do Better Schools Lead to More Growth? Cognitive Skills, Economic Outcomes, and Causation, in: Journal of Economic Growth, Vol. 17 (4), 267–321. DOI: 10.1007/s10887-012-9081-x.

Havik, Karel u. a. (2014): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps, in: European Economy – Economic Papers 2008 – 2015 535. Directorate General Economic und Financial Affairs (DG ECFIN), European Commission. DOI: 10.2765/71437.

Heckman, James J.; Humphries, John Eric; Veramendi, Gregory (2018): Returns to Education: The Causal Effects of Education on Earnings, Health, and Smoking, in: Journal of Political Economy, Vol. 126 (S1), S197–S246. DOI: 10.1086/698760.

Holtemöller, Oliver (2022): Immerwährende Ost-West-Spaltung? Bundeszentrale für politische Bildung.

Ilzetzki, Ethan; Mendoza, Enrique G.; Végh, Carlos A. (2013): How Big (Small?) are Fiscal Multipliers?, in: Journal of Monetary Economics, Vol. 60 (2), 239–254. DOI: 10.1016/j.jmoneco.2012.10.011.

Industrie- und Handelskammer Schwerin; IHK Nord (2023): Norddeutsche Ernährungswirtschaft – eine statistische Betrachtung. Abgerufen am 8. Oktober 2025. Schwerin: IHK Schwerin und IHK Nord.

Jones, Charles I. (2005): Growth and Ideas, in: Handbook of Economic Growth. Hrsg. von Philippe Aghion und Steven N. Durlauf, Vol. 1 (B), 1063– 1111. DOI: 10.1016/S1574-0684(05)01016-6.

Krieger, Joshua L.; Schnitzer, Monika; Watzinger, Martin (2024): Standing on the Shoulders of Science, in: Strategic Management, Vol. 45 (1), 1670–1695. DOI: 10.1002/smj.3598.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2025): Drucksache 8/5163. Bericht der Landesregierung – Ergebnisse des MV Investitionsgipfels vom 15. Juli 2025. Schwerin.

Lucas, Robert E. (1988): On the Mechanics of Economic Development, in: Journal of Monetary Economics, Vol. 22 (1), 3–42. DOI: 10.1016/0304-3932(88)90168-7.

Lucas, Robert E. (2009): Ideas and Growth, in: Economica, Vol. 76, (301) 1–19. DOI: 10.1111/j.1468-0335.2008.00748.x.

Mäder, Miriam u. a. (2015): Intergenerational Transmission of Unemployment – Evidence for German Sons, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Vol. 235 (4+5), 355–375. DOI: 10.1515/jbnst-2015-4-503.

Mankiw, N. Gregory; Romer, David; Weil, David N. (1992): A Contribution to the Empirics of Economic Growth, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. 107 (2), 407–437. DOI: 10.2307/211 8477.

Ministerium für Finanzen und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (2025): Anlage zu LT-Drucksache 8/5198. Mittelfristige Finanzplanung 2025 bis 2030. Schwerin.

Nordhaus, William D. (1975): The Political Business Cycle, in: The Review of Economic Studies, Vol. 42 (2), 169–190. DOI: 10.2307/2296528.

Peralta-Alva, Adrian; Roitman, Agustin (2018): Technology and the Future of Work. IMF Working Paper 18/207. Washington: International Monetary Fund.

Porter, Michael E. (1990): The Competitive Advantage of Nations. New York: Free Press.

Ramey, Valerie A. (2020): The Macroeconomic Consequences of Infrastructure Investment. NBER Discussion Paper 27625. National Bureau of Economic Research | NBER. DOI: 10.3386/w27625.

Ridder, Maarten De; Hannon, Simona M.; Pfajfar, Damjan (2020): The Multiplier Effect of Education Expenditure. Finance and Economics Discussion Series 2020-058. Washington, DC: Board of Governors of the Federal Reserve System. DOI: 10.17016/FEDS.2020.058.

Romer, Paul M. (1990): Endogenous Technological Change, in: The Journal of Political Economy, Vol. 98 (5), 71–102. DOI: 10.1086/261725.

Schumpeter, Joseph A. (1942): Capitalism, Socialism and Democracy. London: Harper & Brothers.

Sheremirov, Viacheslav; Spirovska, Sandra (2022): Fiscal Multipliers in Advanced and Developing Countries: Evidence from Military Spending, in: Journal of Public Economics, Vol. 208, 104631. DOI: 10.1016/j.jpubeco.2022.104631.

Solow, Robert M. (1956): A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. 70 (1), 65–94. DOI: 10.2307/1884513.

Stabilitätsrat (2024): Beschluss des Stabilitätsrats zur Haushaltsüberwachung Mecklenburg-Vorpommern 2024. Schwerin.

Uzawa, Hirofumi (1965): Optimum Technical Change in An Aggregative Model of Economic Growth, in: International Economic Review, Vol. 6 (1), 18–31. DOI: 10.2307/2525621.

VDI Technologiezentrum (2015): Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Düsseldorf.

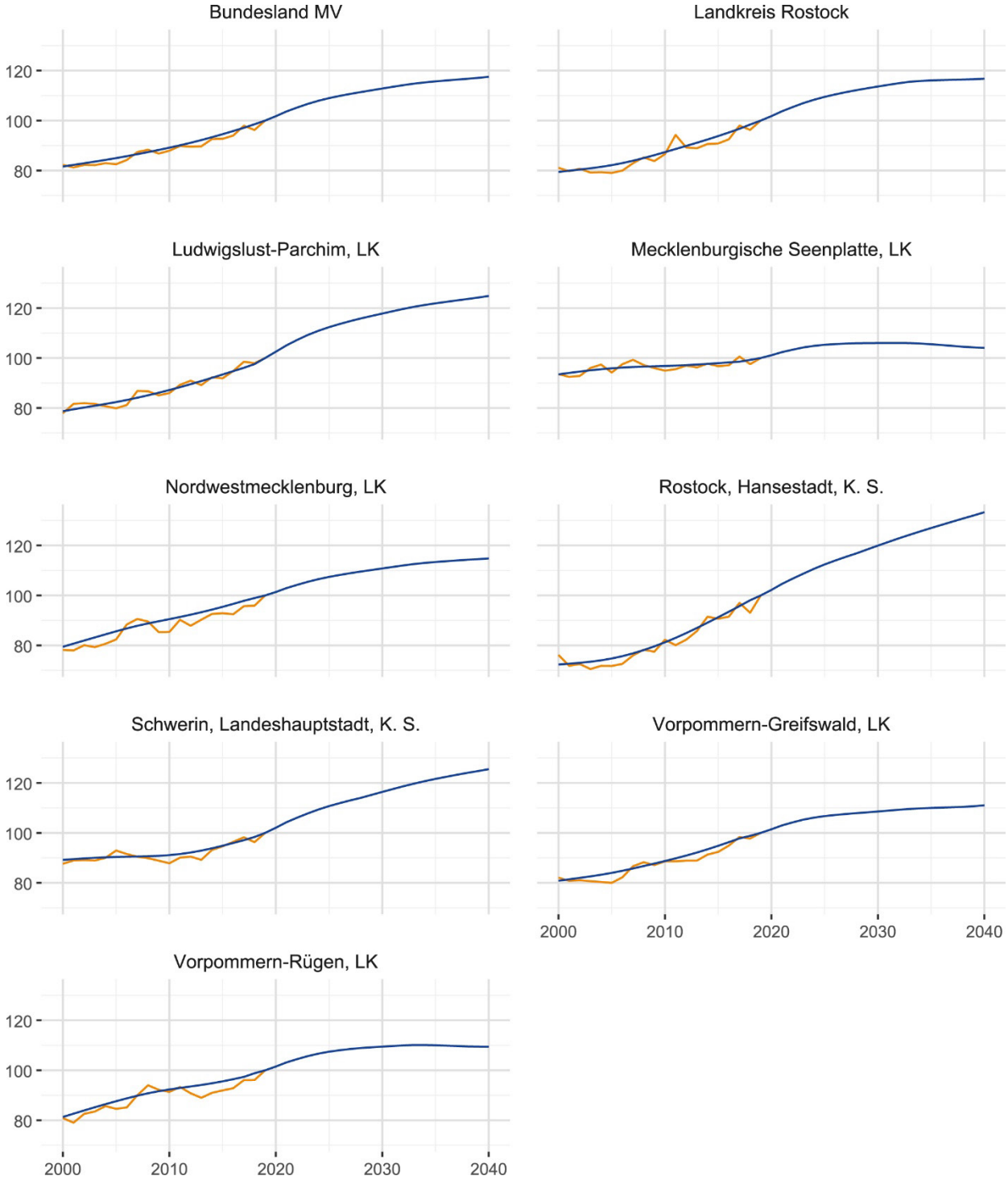
VGRdL (2025): Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Gemeinsames Statistikportal. Abruf am 18.09.2025, Zugriff unter: https://www.statistikportal.de/.

Anhang

Abbildung 2

Projektion der Bruttowertschöpfung

Index 2019 = 100



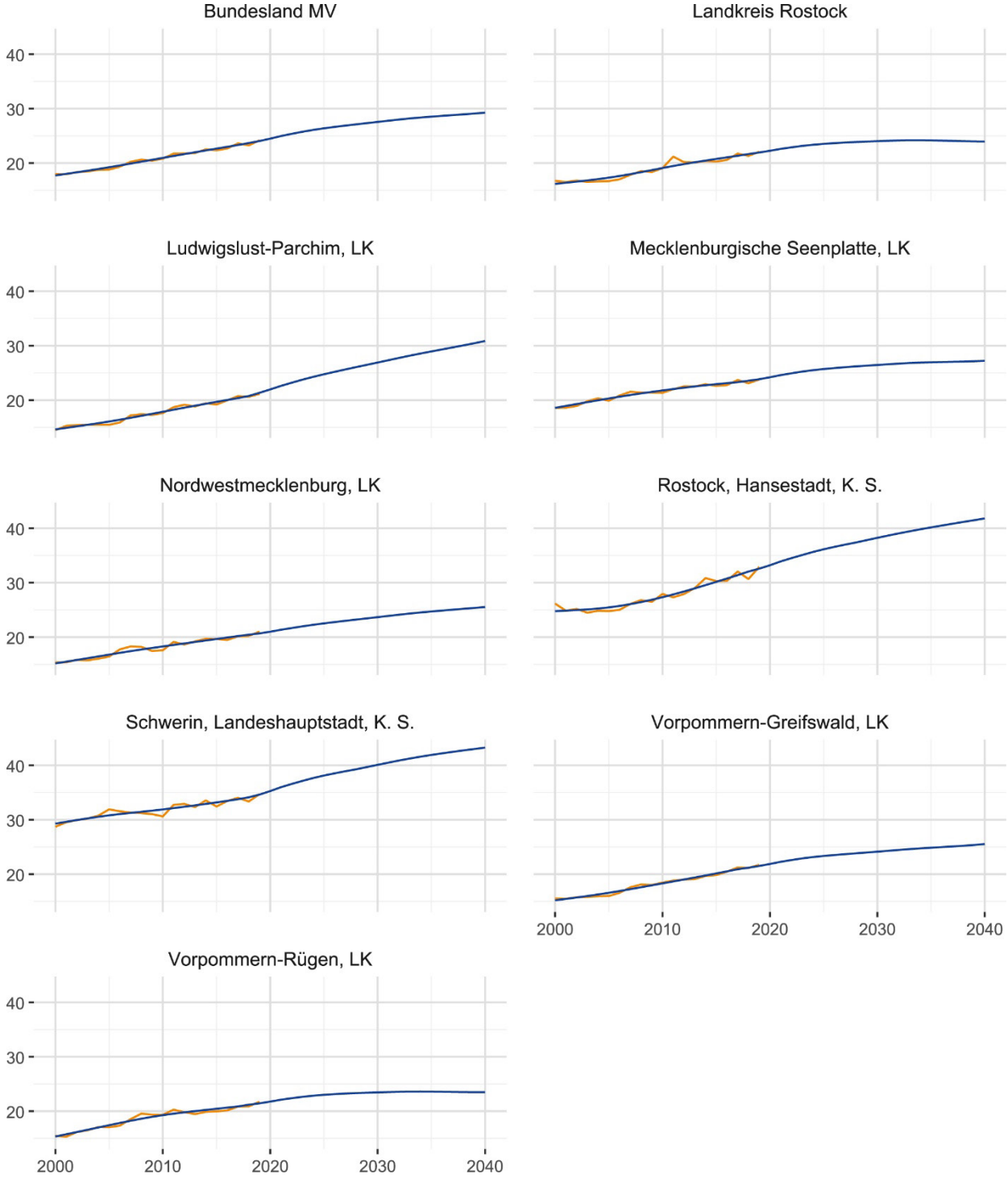
Anmerkung: Die orange Linie zeigt die tatsächliche Entwicklung, während die blaue Linie die trendmäßige Entwicklung darstellt und fortschreibt.

Quellen: VGRdL, 2025; Berechnungen des IWH.

Abbildung 3

Projektion der Bruttowertschöpfung je Einwohner

in Tsd. Euro



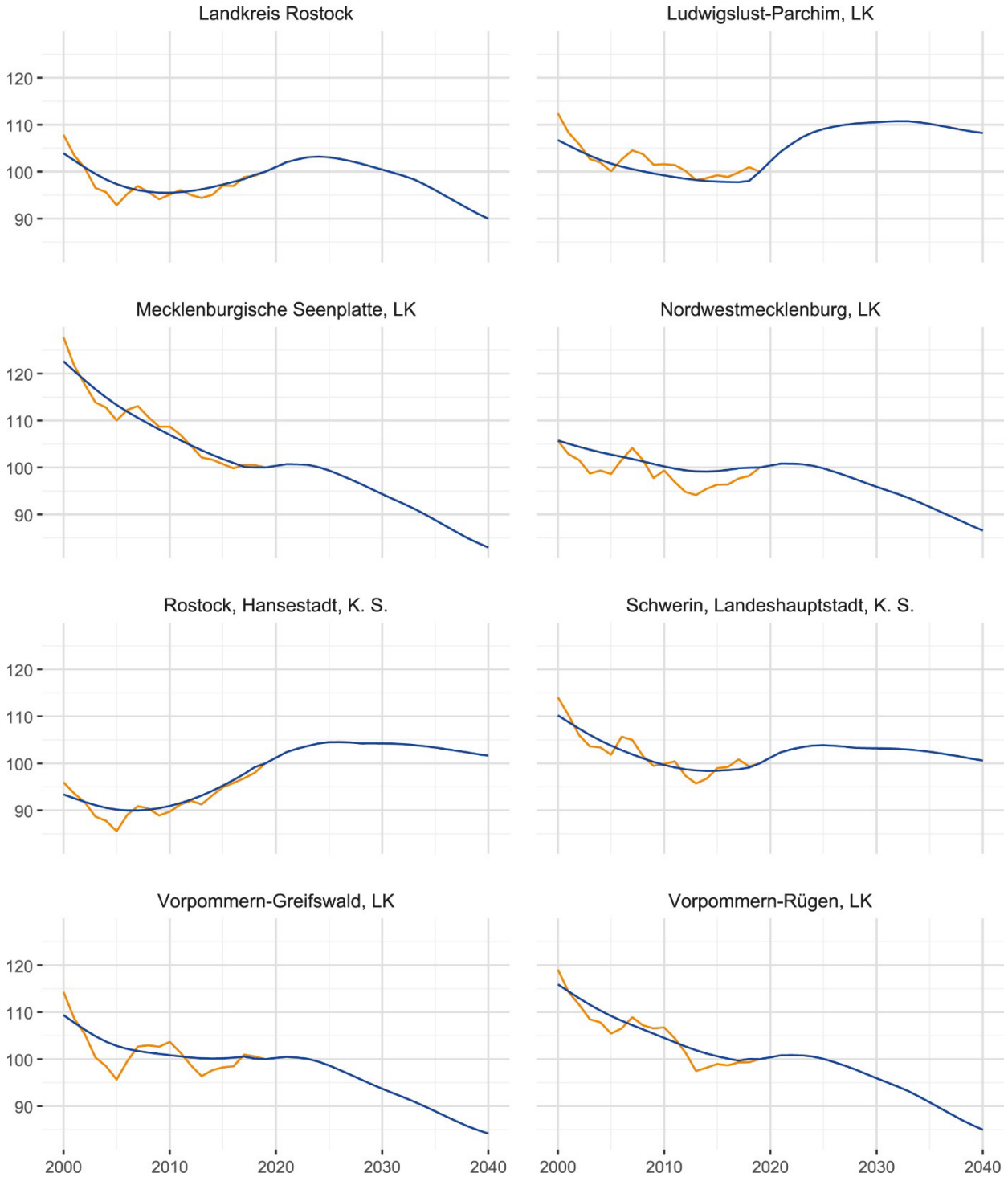
Anmerkung: Die orange Linie zeigt die tatsächliche Entwicklung, während die blaue Linie die trendmäßige Entwicklung darstellt und fortschreibt.

Quellen: VGRdL, 2025; Berechnungen des IWH.

Abbildung 4

Projektion des Arbeitsvolumens

Index 2019 = 100

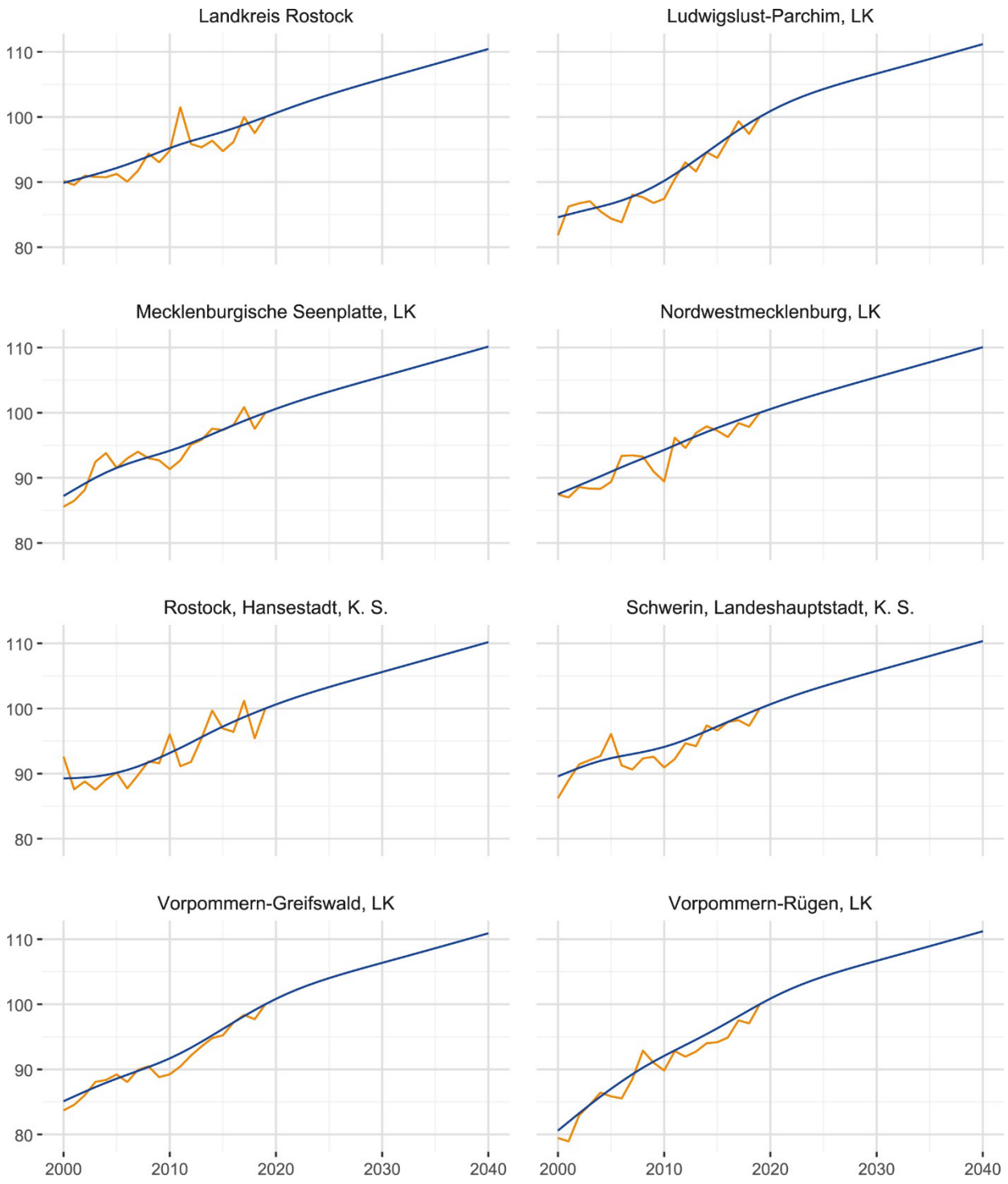


Anmerkung: Die orange Linie zeigt die tatsächliche Entwicklung, während die blaue Linie die trendmäßige Entwicklung darstellt und fortschreibt.

Quellen: VGRdL, 2025; Berechnungen des IWH.

Abbildung 5

Projektion der Totalen Faktorproduktivität (TFP)



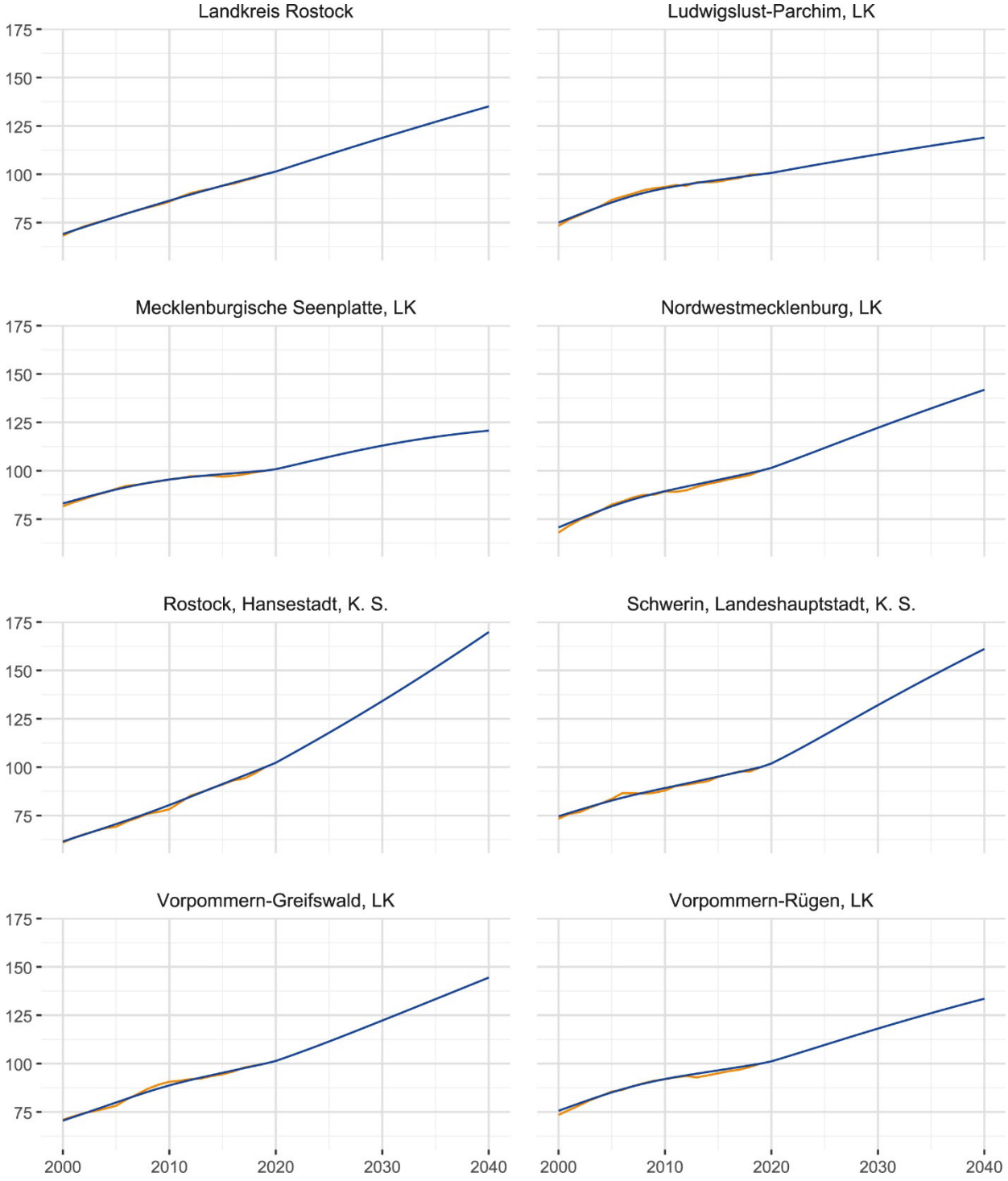
Anmerkung: Die orange Linie zeigt die tatsächliche Entwicklung, während die blaue Linie die trendmäßige Entwicklung darstellt und fortschreibt.

Quellen: VGRdL, 2025; Berechnungen des IWH.

Abbildung 6

Projektion des Kapitalstocks

Index 2019 = 100



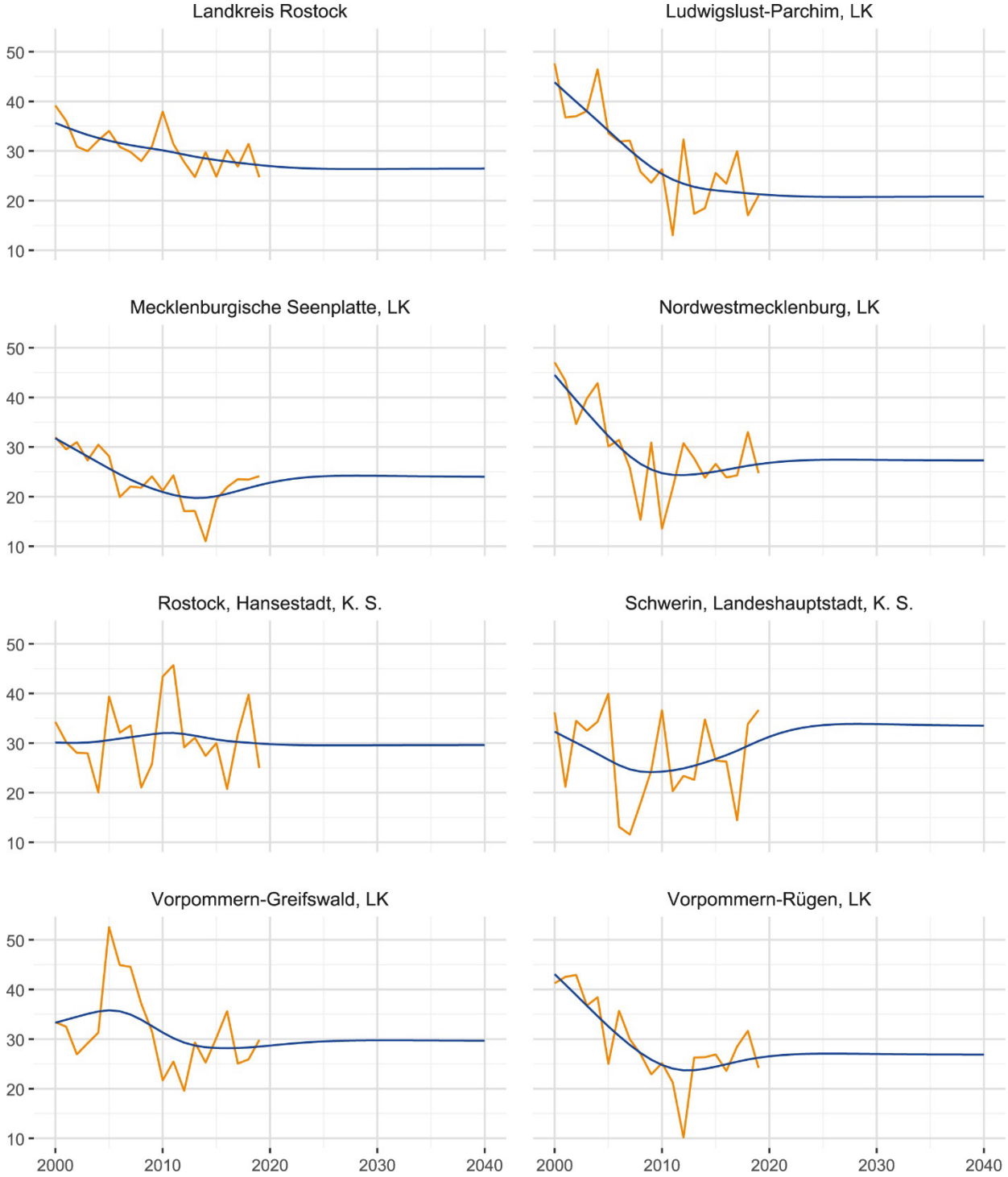
Anmerkung: Die orange Linie zeigt die tatsächliche Entwicklung, während die blaue Linie die trendmäßige Entwicklung darstellt und fortschreibt.

Quellen: VGRdL, 2025; Berechnungen des IWH.

Abbildung 7

Projektion der Investitionsquote

in %



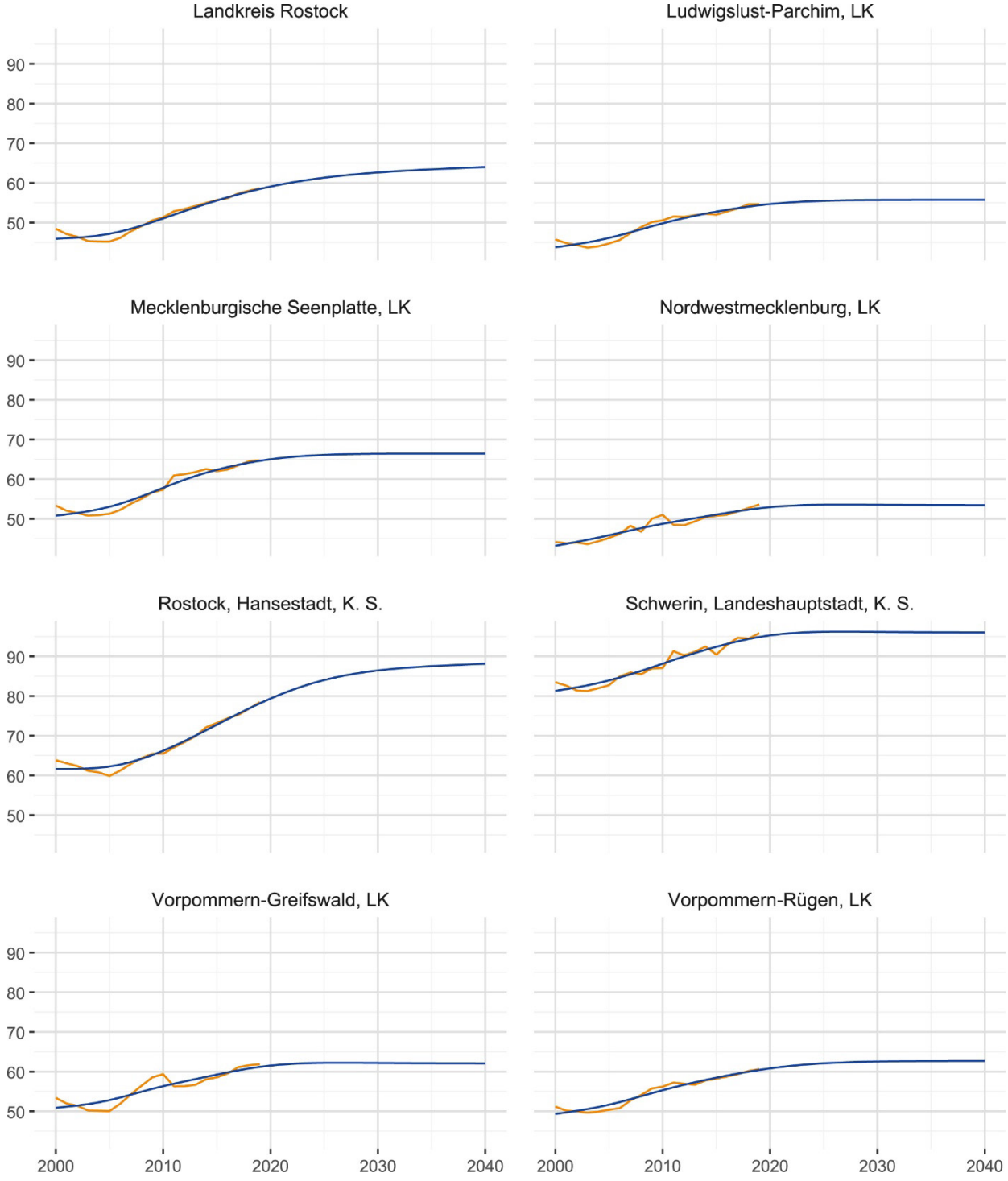
Anmerkung: Die orange Linie zeigt die tatsächliche Entwicklung, während die blaue Linie die trendmäßige Entwicklung darstellt und fortschreibt.

Quellen: VGRdL, 2025; Berechnungen des IWH.

Abbildung 8

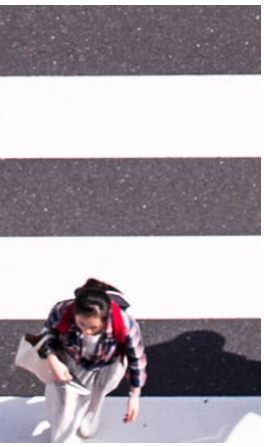
Projektion der Erwerbstätigenquote

in %



Anmerkung: Die orange Linie zeigt die tatsächliche Entwicklung, während die blaue Linie die trendmäßige Entwicklung darstellt und fortschreibt.

Quellen: VGRdL, 2025; Berechnungen des IWH.



Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

ISSN 2702-4725
DOI: https://doi.org/10.18717/pnecr7-rd16

Das IWH wird von Bund und Ländern gefördert.